

Platz abbeck

Nr. 3, 1. Mai 2007/Sonderausgabe

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Ausbildung statt Warteschleifen!

Auf der Ratssitzung im April 2006 beantragte die Fraktion Die Linke.Köln 100 zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt und forderte zusätzlich ab 2007 eine Quote der Auszubildenden von 6 %. Die Verwaltung prüfte und brachte im Juni 2006 einen Verwaltungsantrag ein, der unsere Forderungen in Reinform übernommen hatte. Für das Jahr 2007 bedeutet das 164 Ausbildungsplätze mehr, insgesamt werden 9 Mio. Euro zusätzlich für Ausbildung ausgegeben.

Das sind zumindest zwei Tropfen auf den heißen Stein. Aber außerhalb der städtischen Verwaltung sieht es mit Ausbildungsplätzen mies aus. Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen übersteigt hoffnungslos die Anzahl der offenen Ausbildungsplätze. Das ist der Grund dafür, dass zur Zeit fast die Hälfte aller Jugendlichen Jahre in einem Übergangssystem verharrt, das zunehmend den Charakter einer Warteschleife trägt.

Hier herrscht offensichtlich ein unkoordiniertes Nebeneinander von berufsvorbereitenden Qualifizierungsmaßnahmen bei verschiedenen Trägern. Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen sind Migrantinnen und Migranten. Dazu kommen Absolventen von Haupt- und Förderschulen. Die Fraktion Die Linke.Köln setzt sich deshalb für die Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule – Beruf ein. Ein solches Büro muss die Koordination der vorhandenen Ressourcen übernehmen und für die Umsetzung notwendiger Schritte sorgen. Dazu gehören:

- Die Bereitstellung eines frühzeitigen und überschaubaren Informations- und Beratungssystems für alle Schüler und Schülerinnen und ihre Eltern
- Die Durchführung von Maßnahmen, die die Benachteiligung vor allem der Migrantinnen und Migranten reduzieren und langfristig aufheben
- Die verbindliche und flächendeckende Einführung des BerufswahlPasses

Özlem Demirel



Rüttgers empfängt Arbeitnehmer/innen – Wir empfangen Rüttgers ... Unter diesem Motto hatte der DGB zu einer Protestkundgebung gegen die Vorhaben der Landesregierung aufgerufen. Der Kölner DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Dawen griff den Ministerpräsidenten an, der heute eine ganz andere Politik betreibt, als er vor den Wahlen versprochen hatte. Der DGB-Vorsitzende von NRW, Guntram Schneider, warf Rüttgers vor, mit der Änderung des LPVG einen historischen Kompromiss aufzukündigen. *Ulrike Detjen*



Großer Erfolg in langem Kampf

2000 schafften CDU+FDP den Köln-Pass ab ... 2007 gibt's ihn wieder!

www.linksfraktion-koeln.de

DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

tiert wird, ist der Köln-Pass wieder in aller Munde. Mittlerweile ist er auch in 60.000 Brieftaschen und wird eifrig benutzt.

Seit seiner Abschaffung durch CDU und FDP im Jahr 2000, kämpften wir parlamentarisch und außerparlamentarisch für seine Wiedereinführung. Im April 2005 hatten „PDS-Offene Liste“ und „gemeinsam gegen sozialraub“ mit einer Kampagne und einem Antrag zum so genannten „Jobsucherticket“ einen Versuch im Stadtrat gestartet und waren an der Ratsmehrheit gescheitert.

2006 ging die Linksfraktion neue Wege und suchte den außerparlamentarischen Schulterchluss. Auf Initiative der Linkspartei bildete sich ein Bündnis mit Vertretern von WASG, Erwerbsloseninitiativen und Einzelpersonen. Innerhalb kürzester Zeit

wurden über 1500 Unterschriften gesammelt und ein Antrag in den Beschwerdeausschuss eingereicht. Das brachte das rot-grüne Kernbündnis in Zugzwang.

Letztlich verhalf die Die Linke.Köln einem rot-grünen Antrag zur Mehrheit, der nicht so weit ging, wie die Linksfraktion sich das gewünscht hatte. Immerhin war der Köln-Pass durch linken Druck, gegenüber dem im Kooperationsabkommen zwischen SPD und Grünen skizzierten, noch einmal deutlich nach links gerückt. Zum Empfängerkreis gehörten nun auch Niedrigverdiener, die 10% über den Bedarfssätzen liegen (wir wollten 30%). Außerdem wurde das Nahverkehrsticket billiger.

Als nächstes hatte sich die Fraktion vorgenommen, den Köln-Pass bekannter zu machen. Eine Postkarte wurde gedruckt, mit der man Menschen auf den Köln-Pass aufmerksam machen konnte, und vor den Arbeitsagenturen verteilt. Jetzt müssen wir dafür kämpfen, dass die vorgesehene 50%-Ermäßigung überall durchgesetzt wird.

HP Fischer und Andrea Kostolnik

Neue Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

Messe-Affäre wird medial beerdigt – an Schrammas Verantwortung ändert das nichts

Die offiziellen Institutionen haben ihre Untersuchungen zum Bau der Nordhallen beendet. In der Presse ist zu lesen, die Vorwürfe gegen Oberbürgermeister Schramma wären fallen gelassen worden, das Geschäft wäre nicht anrühlich.

Aber das gibt die Untersuchungen nur unzureichend wieder. Aus den vorliegenden Berichten der Bezirksregierung, der Wirtschaftsprüfer BFJM, den Kommunal Ausschusses des Landtages, des Rechnungsprüfungsamtes und der Staatsanwaltschaft können ganz andere Schlussfolgerungen gezogen werden. Immerhin wurde festgestellt:

- dass die Stadtspitze teilweise gegen das Kommunalrecht verstoßen hat
- dass das Geschäft vergaberechtlich bedenklich ist
- dass aufgrund der Aktenlage die Entscheidungen aus heutiger Sicht nicht beurteilt bzw. für richtig befunden werden können

Allerdings hat keiner der Untersuchenden eine umfassende politische Bewertung des Geschäftes vorgenommen. Entweder wurden bewusst nur einzelne Aspekte geprüft oder es wurden nur bestimmte Zeitabschnitte untersucht.

Aus den Unterlagen der „Marktabfrage“ von „Ernst & Young“ geht hervor, dass das Angebot des Oppenheim-Esch-Fonds keineswegs das Günstigste war, weder beim ersten Durchlauf noch bei der zweiten Analyse – obwohl Sparkasse und Fonds als Einzige in konkreten Verhandlungen mit Messe

und Stadt standen und das Angebot nachbessern konnten. Sowohl vom Barwert als auch von der Anfangs- und Endmiete war das Angebot nicht „vorzugswürdig“, wie OB Schramma behauptete.

Dazu kommt, dass der Fonds am Ende weitere Posten aufgeschlagen bzw. Positionen aus dem Paket herausgenommen hat. Unter dem Strich wurde weniger gebaut als vorgesehen, Stadt und Messe zahlen allerdings eine höhere Miete dafür. Wäre die Endfassung des Esch-Fonds mit den anderen Anbietern verglichen worden – mit denen nicht einmal verhandelt wurde – wäre der Esch-Fonds bei einem Vergleich eindeutig auf dem letzten oder vorletzten Platz gelandet.

Dabei waren die anderen Angebote keineswegs günstig. Der von Beginn an zu hoch angesetzte Betrag von 260 Millionen Investitionsvolumen führte dazu, dass sämtliche Anbieter nicht aufführten, wie günstig sie die geforderten Hallen bauen könnten, sondern sich bemühten, die 260 Mio. unterzubringen. Allerdings bot das Investorenmodell die besten Möglichkeiten, die realen Baukosten gering zu halten, diese aber nicht an den „Mieter“ weiterzugeben, sondern für die Steigerung der Rendite der Investoren zu verwenden. So erklären sich auch die absurd hohen „Softkosten“ (7 Millionen Euro für das „Finden eines Mieters!“), die der Esch-Fonds auflistet: es ging darum, das Investitionsvolumen von 260 Mio. angesichts realer Baukosten zwischen 140 Mio. und 165 Mio. auf virtuelle Posten aufzuteilen.

Die Geschäftsführung der Messe um Jochen Witt wollte das Geschäft nicht mit dem Esch-Fonds machen und hat noch im Februar diesen Jahres dargelegt, dass die zu hohe Miete die Ursache für die Verluste der Messe (40 Millionen Euro bis 2011) sind. Für diese Kritik hat Witt inzwischen die Quittung bekommen: auf Initiative von OB Schramma und mit Zustimmung der etablierten Parteien haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung Witt vorzeitig „beurlaubt“. Ein Überbringer schlechter Nachrichten wurde von der Bühne entfernt, bevor er weitere unangenehme Wahrheiten verbreiten kann.

Sparkassen-Chef Schröder und die Stadtspitze um den OB und Kämmerer Soénius haben mit aller Macht darauf gedrängt, dass der Oppenheim-Esch-Fonds den Zuschlag bekommt, haben dabei einen künstlichen „Zeitdruck“ erzeugt und extrem ungünstige Verhandlungsbedingungen für Messe und Stadt geschaffen, den Investoren jedoch alle Trümpfe zugespielt.

Die ursprüngliche Schätzung von WDR-Journalisten, dass die Messehallen Nord dadurch um über 300 Millionen Euro teurer als nötig geworden sind, ist sehr realistisch. Oberbürgermeister Schramma mag durch die Staatsanwaltschaft strafrechtlich entlastet sein, die politische Hauptverantwortung für dieses Geschäft zu Gunsten privater Investoren und auf Kosten des Haushaltes und der Bevölkerung trägt er allerdings.

Claus Ludwig

Denkmal für Opfer der NS-Militärjustiz

Im Nationalsozialismus haben die Deutschen mehr als 20.000 Deserteure hinge richtet, einige davon im Kölner „Klingelpütz“. Denjenigen, die in einem grausamen Vernichtungskrieg nicht auf Seiten der Nazis kämpfen wollten, wurde auch in der Bundesrepublik Feigheit und Verrat vorge worfen.

Erst nachdem die Generation der Blutrichter von einst verstorben war, mehrten sich die Stimmen, die den gedemütigten Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern endlich zu ihrem Recht verhelfen wollten. „Wer sich weigert, sich an einem Verbrechen zu beteiligen, verdient Respekt“, so die evangelische Kirche 1996.

Als erste Millionenstadt wird Köln dem nächst ein Denkmal für Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer der Nazi-Herrschaft errichten. Das beschloss der Rat auf Antrag der Fraktion Die Linke.Köln.

Jörg Detjen

Euromarschierer kommen nach Köln

Zehn Jahre nach den Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung nach Amsterdam werden erneut Menschen aus allen Teilen Europas nach Rostock unterwegs sein, um dort bei den Aktionen gegen den G8-Gipfel mitzumachen. Auf ihrem Weg dorthin machen sie am Samstag, den 26. Mai, in Köln Station, um den Protest gegen Erwerbslosigkeit und Prekarisierung auf die Straße zu tragen und sich mit lokalen Initiativen und Aktiven vor Ort zu vernetzen.

Die Fraktion Die Linke.Köln wird sie empfangen und die Gelegenheit wahrnehmen über den lokalen Tellerrand zu blicken. Dazu sind alle, die Erfahrungen im Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Armut austauschen wollen, ebenfalls herzlich eingeladen.

Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben unter www.linksfraktion-koeln.de

Andrea Kostolnic

Falsche Schulpolitik: Gesamtschulplätze fehlen!

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hält mit dem dreigliedrigen Schulsystem an ihrer verfehlten Schulpolitik fest. Die Schüler und Schülerinnen aber stimmen mit den Füßen ab, doch die Stadt ist darauf nicht vorbereitet.

1000 Kinder, die sich für einen Platz an einer Gesamtschule beworben haben, mussten abgelehnt werden. Während für spätere Gymnasiasten schnell die fehlenden 400 Plätze an Gymnasien geschaffen wurden, gehen mögliche Gesamtschüler leer aus.

Die Plätze in den bestehenden Gesamtschulen können nicht aufgestockt werden, eine neue Gesamtschule muss her. Die Verwaltung hat angekündigt, das im Rahmen der neuen Schulentwicklungsplanung zu diskutieren, doch das ist uns nicht genug. Worten müssen nun endlich Taten folgen, damit nicht noch mehr Schüler gegen ihren Willen abgehängt werden.

Özlem Demirel

Sitzen Schwimmer bald auf dem Trockenen? – Kölner Bäder müssen bleiben!

Die Schwimmbäder in Rodenkirchen, Weiden und Nippes sollen nach dem Willen der KölnBäder GmbH geschlossen werden. Einige Mitglieder der Fraktion Die Linke.Köln haben sich neulich mit einer Besichtigung der bedrohten Hallenbäder ein eigenes Bild von der Lage gemacht.

Dabei bestätigte sich unser Verdacht, dass eine Schließung unbedacht wäre. Die Hallenbäder in Weiden und Rodenkirchen sind in einem guten Zustand und spielen im Stadtbezirk eine ganz entscheidende sozialpolitische Rolle. Das Hallenbad in Nippes hält mit dem Gesundheitsschwimmen für alte Menschen ein wichtiges Angebot für Senioren bereit. Ob im Falle einer Schließung das neue Bad in der Lentstraße das gesamte Schulschwimmen von Nippes abwickeln kann, ist zu bezweifeln.

In Weiden bildet das Sportzentrum mit den anliegenden Schulen ein bedeutendes Zentrum für den Sozialraum Weiden, Widdersdorf und Lövenich. Würde das Bad aus der organischen Einheit des Sport- und Schulkomplexes heraus gebrochen, wäre das für das an Treffpunkten und Freizeitmöglichkeiten sowieso schon arme Stadtviertel fatal.

Im letzten Geschäftsbericht der KölnBäder GmbH brüstet sich das Unternehmen noch damit, dass gegenüber dem bundesweiten Trend in

Köln „keine Bäder geschlossen werden“ und nach „kreativen Lösungen“ gesucht werde. Dabei gibt es längst Vorschläge, wie in Weiden, Rodenkirchen und Nippes brachliegende Potenziale am Schwimm- und Sportzentrum mit Fitness-Einrichtungen, Körperpflege, Gesundheitsstudios und Cafes nutzbar gemacht werden könnten.

Diese Konzepte müssen eine Chance erhalten. Unter Beteiligung von Sportvereinen, Schulen, Initiativen, dem Sportamt und der KölnBäder GmbH wäre eine Bündelung aller Interessen möglich.

Das Argument zu hoher Kosten stimmt so nicht. Der Kostendeckungsgrad der KölnBäder GmbH ist mit 49,2% sehr hoch. In den 90er Jahren lag er erst bei 20%. Das heißt, die Stadt Köln muss immer weniger Geld für ihre Schwimmbäder zuschießen. Bundesweit werden die Bäder mit 9,02 Euro pro Besucher subventioniert, in Köln nur mit 5,29 Euro. Für ein Ticket bei einem Punktspiel des FC im Rhein-Energie-Stadion zahlt die Stadt schon 11,93 Euro dazu.

Beim Schwimmen darf nicht weiter gespart werden. Die Verwaltung hat in den neuen Vorlagen alle geplanten Schließungen auf 2010 terminiert. Die Fraktion Die Linke.Köln fordert die Aussetzung und ein neues Konzept. Wenn die Schließung schon auf die Zeit nach der Kommunalwahl verlegt ist, soll doch gleich der zukünftige Stadtrat die Entscheidungen treffen.

Felix Schulte und Jörg Detjen



Kommunales Wahlrecht für alle

Bei Kommunalwahlen in Deutschland dürfen auch Ausländer mitwählen – solange sie aus der EU kommen. Doch große Gruppen, wie Migranten aus der Türkei oder arabischen Ländern, können weiterhin nicht mitreden. Das muss sich ändern, denn Demokratie lebt vom Mitmachen.

Der Europarat fordert schon seit Jahren, allen Menschen mit Aufenthaltsrecht das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu verleihen. Inzwischen tut sich auch etwas in Köln.

Auf der Ratssitzung am 15. Mai soll eine Resolution verabschiedet werden, die das Anliegen unterstützt. Nach Bonn und Solingen würde damit die größte Stadt in NRW ein deutliches Zeichen setzen.

Gerade in Zeiten, in denen das vermeintliche Integrationsdefizit von Nichtdeutschen beklagt wird, ist dieser Schritt überfällig. Denn Integration ist immer zweiseitig!

Özlem Demirel

Luxus für wenige, Hochwasser für viele

Direkt am Rhein zu wohnen, ist sehr begehrt und entsprechend teuer. Dumm nur, dass die Rheinwiesen eigentlich Überschwemmungsgebiete sind, auf die der Fluss bei Hochwasser ausweicht.

Das Projekt „Wohnen am Strom“ setzt gerade auf einer Bebauung dieser Überschwemmungsflächen. Die Stadt behauptet, der Hochwasserschutz sei bei den durch die Sparkassen-Tochter Corpus vermarkteten Luxusimmobilien gegeben. Die Anwohner sehen das anders. Nach der Flächenversiegelung steigt der Grundwasserspiegel und sorgt für stärkere Wasserschäden.

In Mülheim werden bereits die ersten Luxuswohnungen gebaut, für mindestens fünf weitere Standorte soll ein Realisierungswettbewerb ausgeschrieben werden. Widerstand gegen diese Pläne ist nötig. Tolle Wohnungen für wenige dürfen nicht mit schlimmerem Hochwasser für viele erkauft werden.

Andrea Kostolnik

Gemeinsamer Unterricht: Ein Erfolgsmodell

Im Gemeinsamen Unterricht (GU) lernen behinderte Schüler und Schülerinnen gemeinsam mit nichtbehinderten. Ein Erfolgsmodell, von dem sowohl die Regelschüler als auch die behinderten Kinder und Jugendlichen profitieren und das in anderen Europäischen Ländern wie Italien längst die Regel ist.

In Köln lernen 497 behinderte Kinder in insgesamt 22 Grundschulen täglich mit Regelschülerinnen und –schülern gemeinsam in einer Klasse. Bisher gibt es aber nur zwei weiterführende Schulen mit gemeinsamem Unterricht. Schnelles Handeln ist geboten, wenn alle GU-Kinder auch weiterhin gemeinsam lernen sollen.

Der Vertreter der Fraktion Die Linke.Köln hat deshalb schon frühzeitig darum gebeten, dass dieses Thema auf die Tagesordnung der kommenden Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gesetzt wird.

Michael Kellner

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Auch ARGE und Stadt müssen sich an geltendes Recht halten!

Die Verurteilung von Peter Hartz hat leider nicht zur Verurteilung von Hartz IV geführt, obwohl die Hartz – Gesetze zahlreichen Menschen ihre Würde genommen haben. Die ständige Vorlage von immer wieder neuen Dokumenten und Belegen ist nur ein Beispiel dafür, ein anderes die Praxis der ARGEN, die oft im Gegensatz zum Wortlaut von Gesetzen und Urteilen steht und nicht nachvollziehbar ist. Dazu kommt die üble Kampagne, die durch das von Clement herausgegebene Pamphlet „Vorrang für die Anständigen“ angestoßen wurde. Arbeitslose werden hier in ein Heer von Abzockern, Schwarzarbeitern und Sozialbetrügnern eingereiht, obwohl die Quote des Missbrauchs von Sozialleistungen seit Jahren konstant sehr niedrig liegt.

Aktuell hat die Fraktion Die Linke.Köln eine Anfrage im Sozialausschuss gestellt, in der sie wissen will, welche Dokumente ALG II-Empfänger vorlegen müssen, und ob das der Rechtsprechung entspricht. Schwerpunkt in der kommenden Zeit soll aber das Thema Kosten der Unterkunft und Heizung sein. Mietobergrenzen und die Deckelung der Heizkosten machen den von Hartz IV betroffenen Menschen das Leben schwer. Wir sind der Meinung, dass eine Kommune die selbst gesetzten Grenzen in diesem Bereich zu Gunsten der Betroffenen verändern kann und dass sie im Sinne von Einzelprüfungen auch flexibel damit umgehen muss.

Die Deckelung der Heizkosten mit 1,30 Euro pro Quadratmeter kann nur ein Richtwert sein. So heißt es in der Antwort der Bundesregierung vom März 2007 auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke: „Leistungen für Heizung sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu übernehmen, soweit sie angemessen sind... Sofern kommunale Träger die Entscheidung über die Angemessenheit der Heizkosten ohne Einzelfall-

prüfung ausschließlich auf der Grundlage festgelegter Obergrenzen treffen, handeln sie nach Auffassung der Bundesregierung rechtswidrig.“

Was die Mietobergrenze betrifft – in Köln 6,60 Euro pro Quadratmeter – hat die Verwaltung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im April 2006 eindeutig geantwortet: „Es gibt keine Überlegungen, die Mietobergrenzen zu erhöhen.“ Als Argument wird gerne angeführt, dass eine Anhebung der Obergrenze dem städtischen Haushalt teuer zu stehen kommt. Außerdem würden dann die Mieten insgesamt sprunghaft steigen, und die Betroffenen würden schnell wieder vor dem gleichen Problem stehen. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden bei dieser Argumentation schnell zum Spielball der Wohnungspolitik einer Stadt.

Das hat offensichtlich das Sozialgericht in Köln im April 2006 erkannt. In einem Eilverfahren hat es neue Richtlinien erlassen. Nach ihnen muss vor der Reduzierung der Miete geprüft werden, ob überhaupt günstigere Wohnungen zur Verfügung stehen. „Ist dies nicht der Fall, muss die tatsächliche Miete übernommen werden.“ Die Fraktion Die Linke.Köln wird im kommenden Halbjahr zusammen mit außerparlamentarischen Initiativen auf eine Änderung der Praxis der Kölner ARGE in dieser Frage drängen.

Michael Kellner

Aufgepasst! Aufgepasst!
Die Fraktion hat eine neue Internetadresse:

www.linksfraktion-koeln.de



Infostelle gegen rechts kommt

Rechtsextremismus ist kein Verbrechen, das sich an weit entfernten Orten abspielt. Auch in Köln sind Neonazis beunruhigend aktiv.

„Pro Köln“, das der Verfassungsschutz als eine rechtsextreme Gruppierung beobachtet, sitzt in Fraktionsstärke im Kölner Rat.

Die offen rassistische sogenannte „Schülerzeitung Objektiv“ wurde zum Entsetzen der Schüler vor Schulhöfen verteilt.

Über braune Hetzer müssen Informationen gesammelt und aufgeklärt werden. Auf Initiative der Linke.Köln wird im Mai ein gemeinsamer Antrag mit SPD und Grüne beraten. Eine Informations- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus soll am NS-Dokumentationszentrum angesiedelt werden. Diese Stelle soll in erster Linie Menschen beraten, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Die Verabschiedung gilt als sicher, die Gelder dafür sind schon in den Haushalt 2007 eingestellt.

Jörg Detjen